

VW-Standort und Zuliefererstrukturen am Standort Emden sichern und stärken!

Für eine neue Industriepolitik in Deutschland und in Niedersachsen

VW-Markenvorstand Thomas Schäfer hat am Montag in einem öffentlich gewordenen Schreiben an die Belegschaft mitgeteilt, dass die Kernmarke VW im Rahmen eines Sparprogramms Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen nicht länger ausschließt. Die Lage sei "äußerst angespannt" und durch "einfache Sparmaßnahmen" nicht mehr zu lösen, so Schäfer in dem Brief. Ohne schnelles Gegensteuern könne nicht ausgeschlossen werden, dass Autowerke und Komponenten-Fabriken geschlossen würden. Zudem soll die seit dem Jahr 1994 geltende und bis zum Jahr 2029 laufende Beschäftigungssicherung gekündigt werden. Voraussichtlich ab dem kommenden Jahr wären betriebsbedingte Kündigungen möglich. Bei den Beschäftigten von Volkswagen und ihren Familien, bei den Partnerunternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verursacht diese Ankündigung berechnete Sorgen und Existenzängste. Der Volkswagenvorstand und auch Landes- und Bundesregierung müssen diese Sorgen ernst nehmen.

Die CDU tut dies. Der Bezirksvorstand der CDU Ostfriesland stellt mit Blick auf das VW-Werk Emden, die Arbeitsplätze dort und bei den regionalen Zulieferbetrieben fest:

1. Deutschland verliert durch eine falsche Politik seine Wettbewerbsfähigkeit. Die durch die Ampelkoalition gesetzten Rahmenbedingungen für unsere Industrieunternehmen tragen erheblich zur Schieflage auch der Automobilindustrie und der Zulieferindustrie bei, da sie die Produktion am Standort Deutschland verteuern.
2. VW hat in den Werkstandort Emden zuletzt 1,3 Milliarden Euro in den Umbau zu einem Elektroautowerk investiert. Wir erwarten daher vom VW-Konzern und von Ministerpräsident Weil sowie der stellvertretenden Ministerpräsidentin Hamburg als Vertreter des Ankeraktionärs Niedersachsen im VW-Aufsichtsrat, dass diese erheblichen Investitionen durch den VW-Konzern zum Erfolg geführt werden.
3. Die Krise der Marke VW insgesamt besorgt uns sehr, denn die angekündigten Maßnahmen können auch Folgen für die Arbeitsplatzsicherheit am Standort Emden und für die Zulieferbetriebe der Region haben.

Die CDU Ostfriesland fordert daher:

1. Die Verantwortlichen im Unternehmen und die Landesregierung müssen Maßnahmen ergreifen, die Volkswagen aus der Krise helfen, Standorte in Niedersachsen sichern und das Fundament für die langfristig positive Entwicklung des Konzerns legen.
2. Die Landesregierung muss den Ostfrieslandplan wiederaufleben lassen, um für die Region Ostfriesland neue und innovative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotentiale entwickeln zu können. Sie muss endlich in den Ausbau des Emder Hafens zu einem Offshore Gateway investieren und die Bundesregierung muss in der Region ein regionales Wasserstoffnetz entwickeln, damit die Region die Chancen der Transformation der Energiewirtschaft besser nutzen kann. Ostfriesland braucht dringend Alternativen für die schon jetzt absehbar wegfallenden Industriearbeitsplätze zu schaffen.

3. Für das VW-Werk in Emden und die Zulieferer vor Ort muss durch den VW-Konzern und die Landesregierung eine Standortstrategie entwickelt werden, die den Standort und die Arbeitsplätze dauerhaft sichert. Wir fordern für das VW-Werk in Emden mit Blick auf die getätigten Milliardeninvestitionen eine Standortgarantie für die Beschäftigten und die Zulieferbetriebe.
4. Wir erinnern Ministerpräsident Weil an sein Versprechen, sich als Mitglied des Präsidiums des VW-Aufsichtsrates für eine Batteriezell-Fertigung am Standort Emden einzusetzen und fordern eine entsprechende Initiative für den Standort ein.
5. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP im Bund muss endlich die Weichen für einen Turn Around heraus aus der Rezession und aus der industriepolitischen Talfahrt stellen. Deutschland muss dringend die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft stärken. Dazu gehören:
 - a. eine umfassende und deutlich entlastende Unternehmenssteuerreform,
 - b. eine Senkung der Energiepreise (Industriestrompreis und verändertes Energiemarktdesign),
 - c. eine Reform der Netzentgelte, damit der Norden Deutschlands nicht länger erhöhte Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hier tragen muss,
 - d. der Abbau von überkomplexen Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsvorschriften, um Investitionshemmnisse zu beseitigen,
 - e. eine neue politische Schwerpunktsetzung, weg von Verboten und Regulierung und hin zum Ermöglichen und zum Befähigen, weg von immer stärkerer Umverteilung in Sozialleistungen und hin zu mehr Investitionen und zu Leistungsanreizen.
6. Die Automobilindustrie braucht mehr Zeit auf dem Weg zur Klimaneutralität. Das absolute Verbot des Verbrenners droht die Industrie zu ruinieren. Mit einem technologieoffenen Ansatz können VW und seine Wettbewerber sowie die Zulieferindustrie die besten klimaneutralen Fahrzeuge entwickeln. Das können e-Fahrzeuge sein. Aber es gibt auch Alternativen dazu. Die e-Mobilitätsstrategie am Standort Emden soll und darf dies nicht infrage stellen. Dafür wurde zu viel investiert. Aber auch für das VW-Werk in Emden ist entscheidend, dass Volkswagen als Marke insgesamt wieder Gewinne erzielt und sich technologisch optimal aufstellt. Von einer technologieoffenen veränderten Antriebsentwicklung im VW-Konzern kann daher, unabhängig von der Modellpalette in Emden, auch unser ostfriesisches Werk mittelbar profitieren.
7. Wir fordern von der Landesregierung, ihre Politik wieder auf die Stärkung des Automobilstandortes Niedersachsen auszurichten. Dazu gehört u.a., die Infrastruktur für den automobilen Verkehr, also die Landesstraßen und die Förderung des kommunalen Straßenbaus nicht länger zu vernachlässigen, die Förderkulissen des Landes für Investitionen der Zulieferindustrie zu öffnen bzw. zu vereinfachen oder auch weitere Testfelder für autonomes Fahren im Land zu ermöglichen.